

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G


Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Die Aushöhlung des Rechtsstaates

von Wolfgang Neskovic

Am Mittwoch dieser Woche hat der Bundestag das umstrittene BKA-Gesetz verabschiedet. Nicht nur die Oppositionsfraktionen, sondern auch Datenschützer, der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger und die Ärztevereinigung Marburger Bund lehnen das Regelwerk ab, das in eklatanter Weise rechtsstaatliche Grundsätze verletzt und zumindest in Teilen verfassungswidrig sein dürfte.

Problematisch ist zunächst einmal die Verletzung des Trennungsgebotes, das die institutionelle und organisatorische Trennung von Polizei und Geheimdiensten vorsieht. Dieses Gebot war eine zentrale Lehre aus den Erfahrungen der NS-Zeit, die nicht zuletzt dazu beigetragen hat, dass sich die Bundesrepublik zu einem Rechtsstaat entwickelt hat. Jetzt aber soll mit dem BKA eine Behörde geschaffen werden, die sowohl Geheimdienst- als auch Polizeibefugnisse besitzt, eine Spitzelzentrale, die fast alles weiß und fast alles darf.

Eine Behörde, die bereits im Vorfeld von Straftaten ermitteln darf, die Wohnungen verwandeln, mit Kameras beobachten, Computer ausspähen – und die



Verdächtigen anschließend auch gleich noch selbst festnehmen darf. Auch Ärzte, Journalisten und Geistliche dürfen von den Beamten ausgespäht werden. Sogar der Richtervorbehalt kann durch Eilbefugnisse des BKA-Präsidenten ausgehebelt werden.

Ausreichend für den Einsatz der Ermittler ist schlichtweg die „Verhütung von Straftaten nach § 129 StGB“, also von terroristischen Aktionen. Eine Formulierung, die viel zu unbestimmt ist und die Unterschiede zwischen Vorfeldermittlung und Aktionen zur Abwehr einer konkreten Gefahr verwischt.

Treffen können diese Überwachungsmaßnahmen jeden. Denn für die BKA-Ermittler reicht der bloße Verdacht, dass der Observierte in irgendeiner Form mit einem Terrorverdächtigen Kon-

In dieser Ausgabe:

Der Schoß ist fruchtbar noch...

Lothar Bisky

Tiefensee und Mehdorn müssen gehen

Dagmar Enkelmann

Frauenhäuser bundesweit einheitlich bedarfsdeckend finanzieren

Kirsten Tackmann

Familienleistungsgesetz kein Gesetz für alle Familien!

Diana Golze

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Anträge und Parlamentarische Initiativen

Namentliche Abstimmungen in dieser Woche

Eintritt frei!
DIE LINKE.

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

takt hatte.

Wenn aber jeder jederzeit zu einem solchen werden kann, dann wird das das Gegenteil von Sicherheit erzeugen – ein Klima von Repression und Angst. Ein gefährliches Klima für eine Demokratie.

Noch aber hat der Bundesrat dem Gesetz nicht zugestimmt. Wenn es dort in zwei Wochen zur Abstimmung vorliegt, werden die Berliner Regierungsparteien die notwendige Mehrheit von 35 der insgesamt 69 Stimmen wohl

zusammenbringen. Mit einem Regierungswechsel in Hessen, hätten sie diese Mehrheit nicht mehr gehabt. Dann wäre das BKA-Gesetz dort gelandet, wo es am Besten aufgehoben wäre: Im Archiv.

Der Schoß ist fruchtbar noch...

von Lothar Bisky

Die Novemberpogrome von 1938 waren barbarische, Menschen verachtende Aktionen, die in völligem Gegensatz zu den geistigen und humanistischen Traditionen des deutschen Volkes und den Grundsätzen und Zielen der Arbeiterbewegung stehen. Die Täter von damals, Funktionäre und Mitläufer des 1933 zur Macht geschobenen Nationalsozialismus sind bekannt.

Antisemitismus und Rassismus waren wesentliche ideologische Grundlage für deren Handeln.

Heute sind Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland kein Rand- oder Jugendproblem. Es gibt weiterhin antisemitische Vorurteile, Einstellungen und Taten. Soziologische Untersuchungen belegen: Mehr als ein Drittel der Deutschen ist latent antisemitisch eingestellt, Menschen aus allen Generationen, den unterschiedlichsten Berufen und den verschiedensten Weltanschauungen. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres gab es bundesweit über 800



antisemitische und 14.000 rechtsextremistische Straftaten. Im statistischen Schnitt wird in der Bundesrepublik Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet. Das ist der erschreckende aktuelle Befund.

Wir LINKEN sehen uns in der Verantwortung, diesen neuen Ausgrenzungen und Bedrohungen mit dem Ziel entgegen zu treten, Antisemitismus stets aufs Neue zu ächten und entschieden zu bekämpfen. Antisemitismus ist keine politische Kritik. Antisemitismus ist eine Menschen verachtende Ideologie. Begegnen kann man dem Antisemitismus durch beharrliche Aufklärung, Wissensvermitt-

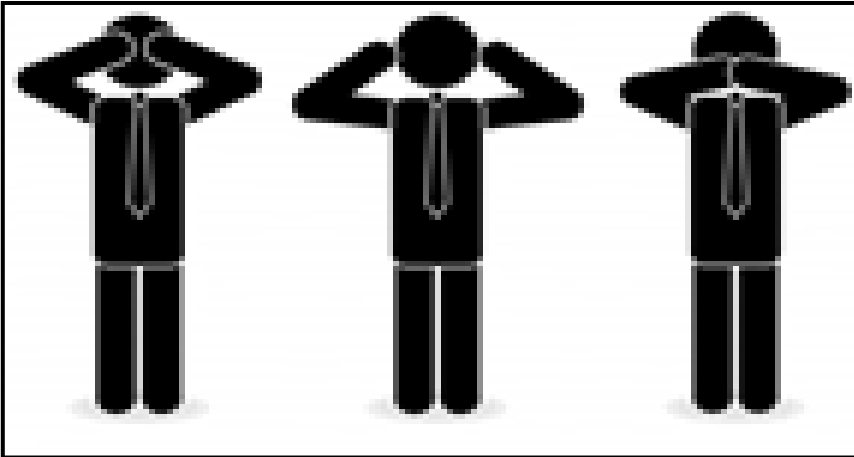
lung und striktes, sofortiges Einschreiten, wo immer es antisemitische Vorkommnisse gibt.

Der 70. Jahrestag des Novemberpogroms ist Anlass für DIE LINKE, ihre grundsätzlichen Positionen gegen Antisemitismus, Rassenhass und Rechtsextremismus zu bekräftigen und sich an vielfältigen Aktivitäten demokratischer Kräfte vielerorts in Deutschland zu beteiligen.

Die geschichtliche Lehre kann nur lauten: Entschiedener Kampf gegen alle Formen von Antisemitismus, Rassenhass, Rechtsextremismus und Menschenverachtung."

Tiefensee und Mehdorn müssen gehen

von Dagmar Enkelmann



Selbst als Bundesverkehrsminister Tiefensee um die - im Zusammenhang mit dem Börsengang - beschlossenen Millionen-Boni für die Vorstände der Deutschen Bahn (DB) AG wusste, verschwieg er diese brisante Wahrheit. Erst auf Druck der Öffentlichkeit hin rückte er damit scheibchenweise heraus. Er habe, rechtfertigte er sich, den ursprünglich für Ende Oktober geplanten Börsengang eines Teils der Deutschen Bahn nicht gefährden wollen.

Mit diesem Vorgehen hat sich der Bundesverkehrsminister im Grunde eines Meineides schuldig gemacht und seine Pflichten verletzt. Laut seines Amtseides soll er Schaden vom deutschen Volk abwenden - dieser Aufgabe ist Tiefensee offensichtlich nicht gewachsen. Das hat die auf Verlangen der LINKEN in dieser Woche stattgefundene Aktuelle Stunde im Bundestag noch

einmal deutlich gemacht.

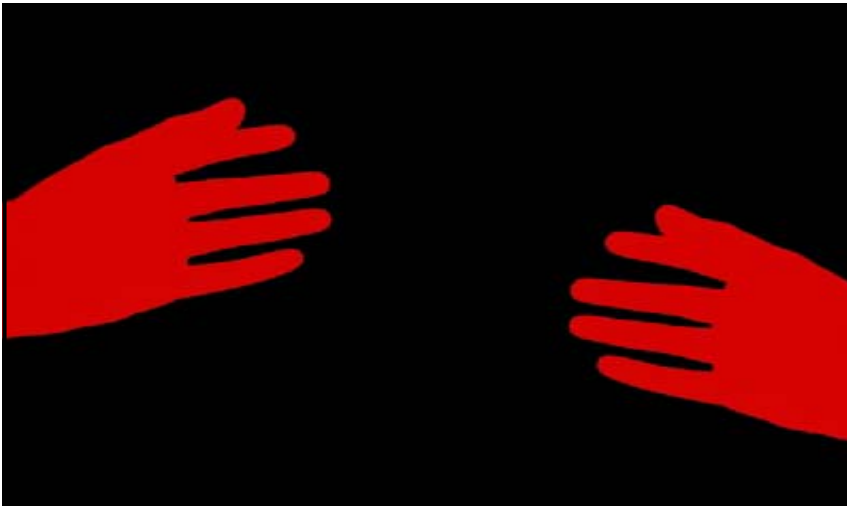
DIE LINKE fordert die Entlassung Tiefensees und auch des DB-Chefs Mehdorn, die mit dem Rückenwind der Großen Koalition die Bahn - koste es, was es wolle - privatisieren wollen. Das hat dem Unternehmen und vor allem seinen Kundinnen und Kunden immens geschadet. Immer deutlicher wird, dass - im Bestreben, die Bahn börsenreif zu machen - das Unternehmen auf Verschleiß gefahren wird. Dringend notwendige Investitionen in Fahrzeuge, Netz und Bahnhöfe werden vernachlässigt, der Service für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtert sich. Die Fahrpreise aber werden regelmäßig angehoben - seit Mehdorn bei der DB im Amt ist immerhin um 22 Prozent. Tiefensee hat nicht nur in der Verkehrspolitik Inkompetenz bewiesen. Als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder beließ er es im Wesentlichen dabei, jedes

Jahr einen umfangreichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vorzulegen. In dem für 2008 ist z.B. der Fakt zu lesen, dass der Anteil des Ostens an den gesamten Aufwendungen für industrielle Forschung bei gerade einmal 5 Prozent liegt. Das ist nicht das einzige gravierende Defizit, das der Bericht aufzählt: So wird eingeräumt, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Osten - gemessen am gesamtdeutschen Niveau - erst bei rund 80 Prozent liegen und die Arbeitslosigkeit im Osten mit im Schnitt rund 13 Prozent noch immer doppelt so hoch wie im Westen ist.

Die Schlussfolgerungen, die Tiefensee und mit ihm die Bundesregierung daraus ziehen, sind allerdings nahezu gleich Null. Im sogenannten "Konjunkturpaket" der Bundesregierung soll zwar die regionale Wirtschaftsförderung, die größtenteils dem Osten zugute kommt, um 200 Millionen Euro aufgestockt werden. Dies würde aber nicht einmal die Kürzungen seit 2007 auszugleichen. Damit den neuen Ländern wirklich mehr Geld zur Verfügung steht, müsste der Posten schon, wie es **DIE LINKE** verlangt, um jährlich 500 Millionen Euro aufgestockt werden.

Frauenhäuser bundesweit einheitlich bedarfsdeckend finanzieren

von Kirsten Tackmann



Am Mittwoch, dem 12. November 2008 fand im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages eine Anhörung zur Situation der Frauenhäuser statt. Diese Thematik war erstmalig in einem Antrag der Fraktion DIE LINKE im November 2007 im Bundestag angesprochen worden.

Einig war sich die Runde der Expertinnen und Experten in der Feststellung, dass die schwierige Situation der Frauenhäuser in vielen Bundesländern dringend geändert werden muss. Eine der wichtigen Fragestellungen war, ob eine bundesgesetzliche Regelung zur Schaffung einer bundeseinheitlichen Grundlage für eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern und dem

voraussetzungslosen Zugang zu ihnen verfassungsrechtlich zulässig, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Die anwesenden Verfassungsrechtler waren skeptisch. Zwar bestünde eine Fürsorgepflicht des Bundes, da aber die Ungleichheit nicht das Maß einer Störung des sozialstaatlichen Gleichgewichts hätte, wären die Länder zuständig. Dennoch bekam zumindest ein Verwaltungsrechtler im Laufe der Anhörung Zweifel angesichts der realen Situation von Frauenhäusern und den bestehenden gravierenden Unterschieden zwischen den Bundesländern. Die Vertreterin des Deutschen Juristinnenbundes e. V. widersprach der verwies ausdrücklich auf die Bundeszuständigkeit.

Letztlich waren sich die Anwesenden - auch fraktionsübergreifend - einig, dass es dringend neuer Regelungen für die Frauenhausfinanzierung bedarf. Der Unterschied bestand in der Schlussfolgerung.

DIE LINKE fordert eine bundeseinheitliche Finanzierung der Frauenhäuser und halten eine bundesgesetzliche Regelung für erforderlich. Die finanzielle Situation der Zufluchtstätten hat sich deutlich seit der Einführung von Tagesatzfinanzierungen nach SGB II bzw. XII in der Mehrheit der Bundesländer verschlechtert. Hier hat die Bundesregierung eine grundgesetzliche Verpflichtung zur Herstellung des sozialen Gleichgewichts. Denn Gewalt gegen Frauen macht nicht vor Ländergrenzen halt. Jede von Gewalt betroffene Frau und ihre Kinder brauchen einen gesicherten Zugang zu einer Schutzeinrichtung. Der Bund ist verpflichtet die bundesweit ungleichen Verhältnisse in der Notsituation bei Flucht vor häuslicher Gewalt zu und diesen katastrophalen Zustand zu beenden.

Familienleistungsgesetz kein Gesetz für alle Familien!

von Diana Golze

Auf dem Programm des Bundestages stand in dieser Sitzungswoche ein großes Paket zu Familienleistungen. Nach den langwierigen Debatten in den Fachausschüssen um die Gestaltung der unterstützenden Leistungen für Familien und die öffentliche breite Diskussion um die wachsende Kinderarmut hätte man davon ausgehen können, dass die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen endlich für alle Familien und Kinder die gleichen Voraussetzungen schafft und alle in gleichem Maße unterstützt.

Doch stattdessen werden genau die Familien, Kinder und Jugendlichen, die eine Verbesserung der familienpolitischen Leistungen am meisten bräuchten, wieder enttäuscht.

Die geplante Kindergelderhöhung zum Beispiel gleicht zum einen mit dem vorgesehenen 10€ Erhöhungsbetrag nicht einmal ansatzweise den Wertverlust aus, den diese wichtige finanzielle Leistung für Familien in den vergangenen Jahren seit der letzten Erhöhung erlebt hat. Euroumstellung, Mehrwertsteuererhöhung und Verteuerung von Lebensmittelpreisen haben die Situation der Familien drastisch verschärft.



Dem wird eine Kindergelderhöhung um 10 € nicht gerecht.

Dass diese Erhöhung aber bei den Familien, die mit ALG II-Realitäten leben müssen, nicht ankommen wird, ist eine traurige Fortsetzung der Familienpolitik der Großen Koalition: Kinderarmut wird nicht bekämpft, sondern mit jedem Gesetz verdeutlicht und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen weiter verschärft. Die LINKE fordert in einem eigenen Antrag, den Erhöhungsbetrag anrechnungsfrei auf ALG II zu gestalten, solange bis endlich ein dem Bedarf des Kindes entsprechender Regelsatz geschaffen wurde. Darüber hinaus bleiben wir bei der Forderung: das Kindergeld muss den Lebensrealitäten der Menschen angepasst - also auf mindestens 200 € angehoben werden!

Kinder und Jugendliche

aus ALG II-Familien wurden seit der Einführung dieser Regelung in ihrer Entwicklung benachteiligt. Das macht sich unter anderem daran fest, dass Schulmaterialien nicht im Regelsatz enthalten sind. Auch die Kosten des Schulweges nach der 10. Klasse in der Abiturphase werden nicht erstattet. Diese Ausgrenzung setzt die Große Koalition nun fort: Das vorgesehene Schulbedarfspaket wird nur bis zur 10. Klasse gezahlt. Auf der Homepage des BMAS lautet die Begründung für diese weitere Ausgrenzung:

„Hierdurch wird gewährleistet, dass zumindest ein Bildungsabschluss erreicht werden kann, mit dem eine qualifizierte Ausbildung möglich ist.“. Dieser Ausgrenzung wird sich DIE LINKE vehement entgegenstellen.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



Ost-Renten im Bundestag nicht dringlich

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1285040003>

DIE LINKE beantragt Aktuelle Stunde zur europäischen Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Finanzkrise

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1253005877>

Bundestag debattiert in Sondersitzung über Konsequenzen aus Finanzkrise

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1285667455>

<http://www.diana-golze.de>



Kindergelderhöhung muss auch bei Hartz IV-Kindern ankommen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1216680917>

LINKE unterstützt Caritas-Konzept gegen Kinderarmut

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1252469035>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



SPD ist rechtsstaatlich unzuverlässig

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1281407683>

BKA-Gesetz ist ein rechtsstaatliches Desaster

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1205123228>

Rechtsstaatswidrige Heimsuchung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1273716134>

Überfällige Entscheidung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1266644300>

Regierung fehlt das sozialstaatliche Gewissen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1263534783>

Zweiklassenstrafrecht abschaffen - Der Deal im Strafverfahren muss gesetzlich verboten werden

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292025373>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



Kartellamt gefährdet faire Milchpreise

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1209557731>

90 Jahre Frauenwahlrecht: Die Hälfte geht selbstverständlich an Frauen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1228831647>

Bundesrat entscheidet gegen regionale Milchversorgung.

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1295352891>

Biosicherheitsforschung muss ökologische Risiken untersuchen!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1240988760>

Bundestag muss Kriegsspielfantasien zum Bombodrom beenden

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1241756920>

Agrarsubventionen: EU-Kommission muss endlich ihre Pläne fallen lassen!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1279325172>

Ländliche Räume müssen aktiv und geschlechtergerecht gefördert werden

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1267585145>

Bundesregierung hat keine Daten für naturnahe Waldwirtschaft

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1261277920>

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:



Antrag „Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit erhalten, auf Senkung der Beitragssätze verzichten“ Drs. 16/10618 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748925051_1610618.pdf

Bereits jetzt ist absehbar, dass die Finanzmarktkrise nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sein wird. Um dem zu erwartenden Anstieg an Arbeitslosen entgegenzuwirken benötigt die BA für eine aktive Arbeitsmarktpolitik die entsprechenden finanziellen Mittel. Die geplante Beitragssenkung für aber dazu, dass die BA 2009 noch ein größeres Defizit als bisher angenommen ausweisen wird. Nach Prognosen beträgt dies 2,5 bis 5 Milliarden €.

Entschließungsantrag und Große Anfrage „Soziale Existenzsicherung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)“ Drs. 16/7213

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7708490113_1610871.pdf

Antwort der BuReg: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7795464006_1609018.pdf

Vor dem Hintergrund der jüngsten Verschärfung des AsylbLG und der seit 14 Jahren unveränderten Regelsätze werden grundlegende Daten und Bewertungen zum AsylbLG erfragt, mit denen das Gesetz und seine Anwendungspraxis thematisiert und fundiert kritisiert werden sollen. Thematisiert wird u.a. die Verweigerung eines sozialen »Integrationsbedarfs«, die Mehrkosten des diskriminierenden Sachleistungsprinzips und ungenügende Hilfen für Opfer von Menschenhandel und Gewalt.

Antrag „Bahnchef Mehdorn ablösen, Verkehrsminister Tiefensee entlassen, Börsengang der Deutschen Bahn endgültig absagen“ Drs. 16/10848

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752625834_1610848.pdf

Weder ein Verkehrsminister, der kaum Einfluss auf den Bahnvorstand nimmt, noch ein Bahnchef, der das Renditeinteresse über das Gemeinwohl stellt, sind ihren Ämtern gewachsen. Deshalb ist es an der Zeit, bei der Bahn sowohl die unternehmerische Führung als auch die politische Aufsicht neu auszustellen.

Antrag „Arbeitslosenversicherung stärken, Ansprüche sichern, öffentlich geförderte Beschäftigte einbeziehen“ Drs. 16/10511 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734814125_1610511.pdf

Mit jeder sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit soll eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer auch die Chance haben, sich für den Fall der erneuten Arbeitslosigkeit durch Beitragszahlung in die Arbeitslosenversicherung abzusichern. Die Arbeitslosenversicherung wird durch einen umfassenden Rahmen der Beitragszahler gestärkt.

Entschließungsantrag „OEF-Einsatz der Bundeswehr“ Drs. 16/10829

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7710406570_1610829.pdf

Der OEF-Einsatz entbehrt jeder rechtlichen und politischen Grundlage, erschwert eine friedliche Bearbeitung des afghanischen Konflikts, eignet sich nicht als Instrument zur Verhinderung von Terrorismus und begünstigt die systematische Verletzung von Menschenrechten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Unterstützung für OEF sofort einzustellen und dafür zu sorgen, dass die Blanko-Vollmacht für den "Globalen Krieg gegen den Terrorismus" in der UNO und NATO widerrufen wird.

Entschließungsanträge zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008 Drs 16/10854 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743719298_1610854.pdf

Ziel ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West. Hierfür müssen bestehende Benachteiligungen des Ostens sowie des Westens abgebaut werden. Die Linksfraktion fordert die Anerkennung von ostdeutschen Errungenschaften in ganz Deutschland sowie die Beendigung von Einkommens- und Rentengleichheit sowie die Bekämpfung von Niedriglöhnen und Armut.

Antrag „Kindergelderhöhung sofort auch bei Hartz IV wirksam machen“

Drs. 16/10616 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735059108_1610616.pdf

Die geplante Kindergelderhöhung um 10 Euro bzw. um 16 Euro ab dem dritten Kind soll nicht bei Familien in Hartz IV auf die Regelleistung des Kindes angerechnet werden, bis der Regelsatz für Kinder dem existenznotwendigen Bedarf von Kindern angepasst wurde. Sie sollen auch von der Erhöhung des Kindergeldes profitieren können. Eine solche Regierungsmaßnahme hatte auch Rot-Grün 1999 bei der Kindergelderhöhung vorgenommen.

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2009 Drs. 16/10853

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7792932309_1610853.pdf

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Ehegattensplitting in eine Freibetragsregelung mit übertragbarem Grundfreibetrag zwischen den Partner_innen umzuwandeln.

Entschließungsantrag und Antrag „Finanzierung zur Bewahrung des deutschen Filmerbes sicherstellen“ Drs.16/10509 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725564619_1610889.pdf

Die Bewahrung des deutschen Filmerbes ist eine kulturelle Aufgabe von grundlegender Bedeutung. Eine Langzeitarchivierung des Filmbestandes wird nach Expertenmeinung Kosten von 90 Mio. EUR und mehr erzeugen. Diese sollen über einen Fünfjahres-Zeitraum zu jew. einem Drittel aus dem Bundeshaushalt, aus einer Abgabe der Film- und filmtreibenden Werbewirtschaft und einer zweckgebundenen Abgabe in Höhe von 5 Cent auf jede Kinokarte aufgebracht werden.

Antrag: „Konzepte der Vermittlung des Wissens zur NS-Zeit überprüfen und den veränderten Bedingungen anpassen“ Drs. 16/8880

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7708780054_1608880.pdf

Die zum Teil elementaren Defizite in der Wissensvermittlung von NS-Geschichte gerade bei Jugendlichen müssen mit Hilfe moderner und zeitgemäßer Konzepte im Bildungsbereich ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung aufgefordert, die vorhandenen Konzeptionen hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit zu überprüfen und vor allem neue Ansätze internationaler Bildungsinitiativen im Hinblick auf die NS-Zeit in die Rahmenpläne für die pädagogische Arbeit zu integrieren.

Antrag „Verdeckte Armut bekämpfen - Rechte wahrnehmen, unabhängige Sozialberatung ausweiten und Selbsthilfeinitiativen unterstützen“ Drs 16/3908

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797953846_1603908.pdf

Zentraler Inhalt des Antrags ist die Realisierung und Bekämpfung verdeckter Armut, um im öffentlichen Diskurs gegen die Missbrauchsdebatte einen Kontrapunkt zu setzen. Gefordert werden u.a. eine Studie zu verdeckter Armut, eine nicht-stigmatisierende Arbeitsmarktpolitik, die Stärkung der Rechtsansprüchen von Sozialleistungsberechtigten, der Aufbau einer unabhängigen Infrastruktur der Sozial- und Rechtsberatung sowie Förderung von Selbsthilfeinitiativen v.a. im Rechtsbereich SGB II.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des VW-Gesetzes Drs. 16/8449

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720861880_1608449.pdf

Durch Urteil des EuGH wurden Teile des VW-Gesetzes für europarechtswidrig erklärt. Durch die Änderung sollen die Bedenken berücksichtigt, die Errungenschaften des Gesetzes im Übrigen aber bewahrt werden.

Entschließungsantrag zum Entwurf Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen Drs. 16/10907

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736110541_1610907.pdf

DIE LINKE fordert, dass alle Arbeitszeitkonten umfassend vor Verlust geschützt werden. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf erfasst nur eine Minderheit der bestehenden Arbeitszeitkonten. Damit ist die Regierung aufgefordert, nachzubessern und alle Arbeitszeitkonten vor Insolvenz zu schützen.

Antrag „Wohnungslosigkeit vermeiden – Wohnungslose unterstützen – SGB II überarbeiten“ Drs. 16/9487 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740210683_1609487.pdf

Seit der Einführung von Hartz IV ist die Verantwortung zur Vermeidung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit auf das SGB II übergegangen. Dieses Gesetz ist aber nicht auf die speziellen Bedürfnisse und Probleme von Wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ausgerichtet. In dem Antrag wird der Reformbedarf ausgeführt.

Antrag „Verstöße gegen den Mindestlohn im Baugewerbe wirksam bekämpfen“

Drs. 16/9594 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776922557_1609594.pdf

Der Mindestlohn im Baugewerbe hat viele zehntausende Arbeitsplätze gesichert. Dennoch wird von Arbeitgebern vielfach gegen den Mindestlohn verstoßen. In Abstimmung mit der IG BAU und den Spitzenverbänden der Bauwirtschaft fordern wir deshalb eine erhebliche Ausweitung der Kontrollen und die striktere Sanktionierung der Verstöße. Dafür soll u.a. die Kontrollbehörde besser ausgestattet, der Kontrollprozess effektiviert und Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft und ausgeweitet werden.

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Entschließungsantrag zur 2./3. Beratung des 1. Gesetzes zur Änderung des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes Drs. 16/10830 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757398662_1610830.pdf
DIE LINKE. kritisiert die Pläne, in Fällen von "Teenagerschwangerschaften" den erwerbstätigen Großeltern, die den minderjährigen Eltern bei der Betreuung helfen, einen Anspruch auf Elternzeit, aber keinen Anspruch auf Elterngeld zu gewähren. Denn wer auf das Einkommen angewiesen ist, kann mit dem Anspruch auf Elternzeit allein nichts anfangen. DIE LINKE. fordert deshalb die Verankerung eines Anspruchs auf Elterngeld in den genannten Fällen.

Anträge zum Thema „Migration und Flüchtlingspolitik“:

->Antrag: **Einbürgerungen erleichtern - Ausgrenzungen ausschließen**

Drs. 16/1770 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7745570811_1601770.pdf

-> Antrag: **Für die Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsgesetz**

Drs. 16/9165 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742243705_1609165.pdf

-> Antrag: **Klare Grenzen für die Rücknahme und den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ziehen**

Drs. 16/9654 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7767594979_1609654.pdf

Antrag „Schnellstmögliche Unterzeichnung und Ratifizierung der Europäischen Landschaftskonvention“ Drs. 16/10821 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7703824949_1610821.pdf

Die im Jahr 2000 beschlossene Europ. Landschaftskonvention wurde bislang von 29 Ländern ratifiziert, von Deutschland jedoch nicht. Sie dient der Sicherung, Förderung und Entwicklung europäischer (Kultur)Landschaften und liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung regionaler und lokaler Identitäten in Europa. Die Bundesregierung wird aufgefordert die Konvention noch in dieser Legislaturperiode zu ratifizieren, dem können die Koalitionsfraktionen inhaltlich nur schwer widersprechen.

Antrag „Stromübertragungsleitungen bedarfsgerecht ausbauen – Bürger_innenbeteiligung sowie Energiewende umfassend berücksichtigen“ Drs. 16/10842

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797568088_1610842.pdf

Für eine klimafreundliche Energieversorgung, muss der erforderliche Netzausbau vorrangig am Ausbau erneuerbarer Energien sowie an effizienten und dezentralen Strukturen ausgerichtet werden. Selbst bei bedeutenden Vorhaben darf das Beteiligungsrecht der betroffenen Menschen nicht eingeschränkt werden.

Antrag „Pakistan und Afghanistan stabilisieren – für eine zentralasiatische regionale Sicherheitskonferenz“ Drs. 16/10845 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783487190_1610845.pdf

DIE LINKE unterstützt Bemühungen, regionale Ansätze zur Konfliktlösung auszubauen und legt den Schwerpunkt auf zivile und zivilgesellschaftliche Hilfen.

Weitere Parlamentarische Initiativen: Kleine Anfragen

Datenabgleich bei Hartz IV: Drucksache 16/10655

Antwort der BuReg: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794167015_1610655.pdf

Laut Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Missbrauchsfälle bei Hartz IV - Anträgen aufgrund der Überprüfungen durch Außendienstmitarbeiter und Datenabgleich zwischen den Behörden stark zurückgegangen. Ziel der Anfrage sind die rechtlichen Hintergründe des praktizierten Datenabgleichs und Erläuterungen zu den sogenannten Missbrauchsfällen.

Rechtsextreme Aufmärsche im dritten Quartal 2008 Drucksache 16/10659

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704532094_1610757.pdf

Erfragt werden soll eine statistische Aufstellung der Naziaufmärsche pro Quartal, unter Berücksichtigung der Veranstalter und der thematischen Ausgestaltung der Aufmärsche .

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen

in der Bundesrepublik Deutschland im September 2008 Drucksache 16/10683

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7737200133_1610784.pdf

Kosten deutscher Auslandseinsätze Drucksache 16/10482

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718974913_1610692.pdf

Namentliche Abstimmungen in dieser Woche

Fortsetzung des OEF- Einsatzes der Bundeswehr

Abgestimmt wurde über Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; Drs. 16/10720 und 16/10824.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	205	3	2
SPD	173	25	4
FDP	50	2	2
DIE LINKE	0	47	0
B90/Grüne	0		0

Entlassung Verkehrsminister Tiefensee

Abgestimmt wurde über den Antrag der Fraktion der FDP und über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Missbilligung der Amtsführung und Entlassung von Bundesminister Wolfgang Tiefensee; Drs.: 16/10782 und 16/10918.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	0	210	1
SPD	1	204	0
FDP	55	0	1
DIE LINKE	48	0	0
B90/Grüne	50	0	0

BKA-Gesetz

Abgestimmt wurde über den Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt; Drs. 16/9588, 16/10121 und 16/10822 .

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU			
SPD			
FDP	0		0
DIE LINKE	0		0
B90/Grüne	0		0

**News-
letter**
Jetzt  **abonnieren**

Die Reden und Pressemitteilungen dieser Woche entnehmen Sie Bitte den Internetseiten der Abgeordneten.

Sie können den Newsletter der Landesgruppe kostenfrei abonnieren.

Mail an: [kirsten.tackmann.\(at\)bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann.(at)bundestag.de)

Der Bundestagsreport erscheint jeden Freitag einer Sitzungswoche!